

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 6

Artikel: Friedenssicherung : gibt es Alternativen zur Armee?
Autor: Frei, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162861>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Friedenssicherung: Gibt es Alternativen zur Armee?

Eine Armee ist nie Selbstzweck. Sondern sie hat einem Zweck zu dienen, der etwas ungenau als «Friedenssicherung» umschrieben wird. Sie soll den Frieden sichern durch den Schutz unseres Territoriums vor kriegerischen Übergriffen von aussen. Das ist allerdings ein eher beschränkter, zu beschränkter Friedensbegriff. Friede muss vielmehr als etwas *Universales* gesehen werden. Nur vom *weltpolitischen* Frieden her lässt sich die Friedenssicherung eines einzelnen Landes sinnvoll gestalten. So betrachtet ist die Frage sehr berechtigt: Gibt es eine Alternative zur Armee als Instrument der Friedenssicherung? Es gibt sie, und zwar mindestens fünffach.

Kollektive Sicherheit: «Weltinnenpolitik»

Die erste und wichtigste Alternative zu den militärischen Mitteln der Friedenssicherung ist die Schaffung einer weltweiten Organisation mit genauen Spielregeln, nach denen Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. Der Gedanke besticht durch seine Einfachheit und logische Schärfe: Im innenpolitischen Bereich tragen wir unsere Konflikte ja auch nicht mehr mit Keulen, Messern und Maschinenpistolen aus, und falls trotzdem einer dies tut, wird er bestraft – warum soll derselbe Grundsatz nicht auch im Verkehr zwischen Staaten gelten? In der Innenpolitik haben wir Spielregeln entwickelt, mit denen wir Konflikte gewaltfrei regeln: die Spielregel von Mehrheit und Minderheit zum Beispiel oder die Spielregel der parlamentarischen Repräsentation usw. – warum lassen sich nicht auch in der internationalen Politik solche Spielregeln entwickeln? Nicht mehr von «internationaler Politik» sollte darum die Rede sein, sondern wie C. F. von Weizsäcker vorgeschlagen hat, von «Weltinnenpolitik».

Dieser Gedanke ist in der Tat bestechend. Man hat darum immer wieder versucht, ihn in die Tat umzusetzen: in Hunderten von Vorschlägen zur Schaffung eines Weltstaats oder einer Weltföderation und ganz konkret mit der Gründung des Völkerbunds und später der Vereinten Nationen. Diesen beiden Organisationen lag und liegt der Grundsatz der sogenannten «*kollektiven Sicherheit*» zugrunde, das heisst ein Angreifer, Störenfried und Rechts-

brecher soll durch den Rest der Staaten sofort machtvoll in seine Schranken zurückgewiesen, sein böses Tun bestraft werden – und da jeder potentielle Rechtsbrecher weiss, dass sein böses Tun keine Früchte tragen kann, wird er, abgeschreckt durch die Aussicht auf die überwältigende Übermacht aller andern, lieber von vornherein auf einen Rechtsbruch und einen Aggressionsakt verzichten.

Die Idee stimmt – die Praxis freilich sieht, wie man weiss, anders aus. Im Völkerbund hat dieses Prinzip der kollektiven Sicherheit schon bei der ersten Gelegenheit Schiffbruch erlitten: Als Mussolini Abessinien überfiel, blieb es bei tadelnden Worten, doch Taten folgten keine. Und im Rahmen der UNO blieb die Forderung nach kollektiver Sicherheit gleich von Anfang an toter Buchstabe.

Warum? Über die Gründe, weshalb das an sich ja zweifellos vernünftige Prinzip der kollektiven Sicherheit sich heute und wohl noch auf absehbare Zeit nicht verwirklichen lässt, sind schon viele dicke Bücher geschrieben worden; es ist hier nicht der Ort, darauf im einzelnen einzugehen. Auf jeden Fall darf das Versagen der kollektiven Sicherheit nicht dazu führen, die UNO an sich einfach als nutzlos abzutun. Die UNO hat ihre unbestrittenen Verdienste um die Sache der Friedenssicherung: Bedeutend für die Sicherung des Weltfriedens ist allein schon der Umstand, dass ihr Hauptsitz in New York täglich als Ort der Begegnung und der jederzeit möglichen, auch vertraulichen und informellen Kontaktaufnahme dient. Bedeutend ist ferner die unermüdliche Aktivität des UNO-Generalsekretariats und seiner immer und überall gegenwärtigen «präventiven Diplomatie».

Allein, den Weltfrieden *wirksam* zu sichern, vermag die UNO nicht. Die zahlreichen Aufrufe von Sicherheitsrat, Generalversammlung und Generalsekretär an die Kriegsparteien im Nahen Osten zum Beispiel verhallten stets ungehört, und im Vietnamkrieg, dieser seit zwanzig Jahren schwersten internationalen Krise, spielte die UNO überhaupt keine Rolle. Und andere Ansätze zur Verwirklichung der Idee der «Weltinnenpolitik» gibt es nicht, zumindest keine wirksameren. Es wäre nun allerdings ein Kurzschluss, zu sagen, die Armee sei folglich das einzig und alleinig richtige Instrument der Friedenssicherung und überhaupt nicht mit einer Alternative zu vergleichen. Noch gibt es andere Möglichkeiten:

Die Schweiz als Vermittlerin

Wenn der weltweite, organisatorische Rahmen der Friedenssicherung versagt oder sich gar nicht erst verwirklichen lässt, so muss eben jeder einzelne Staat selber versuchen, im Sinn des Friedens zu wirken: Auch dieser

Gedanke ist nicht neu. Die Schweiz insbesondere hat sich seit Generationen zu einer solchen friedienstiftenden, schlichtenden Rolle verpflichtet gefühlt. Das Wort von der «*Helvetia mediatrix*», von der Schweiz als dem Ort der Begegnung, von der Schweiz als dem ehrlichen Makler gehört zu den gängigsten Vorstellungen in unserem politischen Leben. Was hat es damit auf sich?

Die letzten grossen Einsätze der Schweiz in diesem Sinne sind die Guten Dienste zwischen Indien und Pakistan (Gefangenenaustausch) und zwischen den USA und Kuba. Zum Zeitpunkt des Einsatzes der Schweiz waren beides keine besonders akuten oder den Weltfrieden tödlich gefährdenden Krisenherde mehr. Dagegen war die Schweiz auf einer ganzen Reihe von Krisenherden und Kriegsschauplätzen weder zugegen, noch hat irgend jemand nach ihr gefragt – so im Nahen Osten und in Vietnam, von westöstlichen Auseinandersetzungen wie den verschiedenen Berlinkrisen gar nicht erst zu reden. Die friedienstiftende Rolle der Schweiz scheint also sehr bald auf Schranken zu stossen. Man hat schon gesagt, der Bundesrat sei eben zu wenig aktiv, bemühe sich zu wenig. Darüber kann man sich in guten Treuen streiten.

Der Hauptgrund, weshalb es so eigenartig schwierig zu sein scheint, Gute Dienste anzubieten und Vermittlungsaktionen zu unternehmen, ist aber wohl weniger in der Schweiz als in der Natur der politischen Konflikte zu suchen. Die Schweizer sind ja jeweils nicht die einzigen, die entweder unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt werden oder denen man gleich von vornherein deutlich zu verstehen gibt, dass ein Vermittlungsversuch sinnlos wäre. Andere europäische Neutrale wie Schweden, ferner auch häufig Länder der Dritten Welt (Burma, Äthiopien usw.) pflegen sich jeweils ebenfalls für solche Aktionen im Dienste des Weltfriedens zu interessieren, indessen mit ebenso geringen Aussichten auf Erfolg. Wer glaubt, jederzeit und überall in Konflikten seine Dienste anbieten zu können, vergisst, dass der Konflikt aus der Sicht der Konfliktparteien ganz anders aussieht als vom neutralen Standpunkt aus. Für eine Konfliktpartei geht es oft um höchste Werte, um Sein oder Nichtsein – oder dann zumindest um die «*nationale Ehre*» oder um die «*Gerechtigkeit*». (Was immer das heissen mag: Entscheidend ist ja jeweils die psychologische Tatsache, *dass* die Partei die Dinge so sieht, nicht die Frage, ob *tatsächlich* Ehre und Gerechtigkeit auf dem Spiel stehen.)

In einer solchen Situation ist es aber für eine Konfliktpartei oft völlig ausgeschlossen, einen Vermittlungsvorschlag anzunehmen. Hiesse das nicht einzugestehen, dass die eigene Sache nicht die absolut richtige und gerechte Sache sei? Dass man zwischen dem eigenen Standpunkt und der Forderung des Gegners ja ohne weiteres irgend eine Mittellösung anzunehmen bereit sei? Dass man zugesteht, eine Vermittlung nötig zu haben, und damit vor

dem Gegner das Gesicht verliert? Anders gesagt: Gerade in jenen Konflikten, wo eine Vermittlung am nötigsten wäre, also in den wirklich heissen, emotional aufgeladenen und hochgradig gefährlichen Konflikten, hat ein Vermittlungsversuch keine oder nur geringe Chancen, gleichgültig ob er von der Schweiz oder von anderer Seite aus unternommen wird. Gewiss muss immer wieder alles versucht werden, und zwar lieber einmal zuviel als einmal zuwenig. Aber eines steht doch fest: Ein Allerweltsheilmittel für die Sicherung des Weltfriedens ist die Methode der Vermittlung leider nicht.

Einseitige Abrüstung: ein Zeichen setzen

An dieser Stelle könnte man sich fragen, ob es nicht am Platz wäre, das Problem einmal ganz anders, radikaler anzupacken und den Ausbruch aus dem Teufelskreis in anderer Weise zu suchen: durch einen demonstrativen Akt der einseitigen Abrüstung. Damit könnte ein Zeichen gesetzt, ein Beispiel gegeben werden, dem dann viele andere Staaten folgen würden. Die Schweiz würde so mit einer Pioniertat ohnegleichen in die Geschichte eingehen, indem sie als erstes Land den mutigen Schritt getan hätte, der Welt endlich zu zeigen, wie sinnlos doch im Grunde Krieg und bewaffnete Macht sind. Rüstung erzeugt Gegenrüstung, und Gegenrüstung erzeugt Gegen-Gegenrüstung – also ist es nur vernünftig, diesen fatalen Prozess irgendwo einmal zu unterbrechen, und die Schweiz wäre ein besonders gut geeigneter Träger einer solchen Aktion, denn die Geste eines neutralen Kleinstaates würde einer solchen Aktion hohe Glaubwürdigkeit verleihen. Soweit die Idee – wie steht es mit der Wirksamkeit einer solchen Massnahme?

Zunächst wäre zu sagen, dass Kriege nicht ausbrechen, weil es *Waffen* gibt, sondern dass Waffen gebaut und die Rüstungen ständig vorangetrieben werden, weil *Konflikte* vorhanden sind. In einer völlig konfliktfreien Welt gibt es weder Rüstung noch Gegenrüstung – ebensowenig wie heute der Kanton Zürich und der Kanton Schwyz gegeneinander einen Rüstungswettlauf entfesseln. Die einfache Logik «wenn Waffen, dann Krieg» und «wenn keine Waffen, dann kein Krieg» dürfte wohl allzu simpel sein und der Wirklichkeit nicht entsprechen. Damit fällt schon einmal eine wichtige Voraussetzung dieses Ansatzes zur Friedenssicherung dahin.

Wie steht es aber mit dem «*Beispiel geben*», mit der (buchstäblich) entwaffnenden Geste? Es fällt nicht leicht, hierauf verlässlich zu antworten. Immerhin gibt es zahlreiche Indizien, die zusammengenommen doch ein recht klares Bild ergeben und zeigen, ob die Hypothese stimmt oder nicht.

Erstens der Fall Dänemark im Zweiten Weltkrieg: Dieses Land ver-

fügte nur über symbolische Verteidigungskräfte und erklärte obendrein bei Ausbruch der Feindseligkeiten, dass es sich gegenüber einem eventuellen Angreifer nicht verteidigen würde. Es fiel dann im Zeichen der «Operation Weserübung» Hitler sofort zum Opfer.

Zweitens lässt sich auf diplomatischem Gebiet eine Parallelsituation zum grosszügigen Entgegenkommen und der einseitigen Abrüstung beobachten, und das ist das sogenannte «*Appeasement*». Eine vergleichende Studie aller Fälle von diplomatischem *Appeasement* in den letzten vierzig Jahren (nicht nur Chamberlains *Appeasement* in München, sondern auch Roosevelts und Trumans radikale Demontage der amerikanischen Militärmaschine nach der deutschen Kapitulation oder die sowjetische Gönnerpolitik gegenüber Nasser und Sadat) zeigt, dass die Folgen fast durchwegs anders aussehen als erwartet. Derjenige, zu dessen Gunsten das *Appeasement* gemacht wurde, fasst dieses mit geradezu eintöniger Regelmässigkeit als Schwächezeichen auf oder als Bestätigung der Richtigkeit des eigenen Konfliktkurses, den man darum nun erst recht hart und kompromisslos durchhält.

Drittens haben verschiedene Sozialpsychologen in Hunderten von gruppodynamischen Experimenten untersucht, wie Personen in Konfliktsituationen reagieren, wenn sie sich einem nachgiebigen, pazifistischen Gegner gegenübersehen und feststellen, dass der andere grundsätzlich zurückweicht, wenn sie selber einen harten Konfrontationskurs wählen: Sie werden allesamt noch aggressiver!

Das ist höchst bedauerlich, ja schockierend und dürfte eigentlich nicht so sein. Aber dieser fromme Wunsch allein vermag leider die Realität noch nicht zu ändern.

Soziale Verteidigung: die Stärke des Schwachen

Darum wäre nach Verfahren der Friedenssicherung zu suchen, die nicht so weit gehen wie die völlig einseitige Abrüstung, aber sich doch auch wieder nicht allein auf Gewehre und Kanonen stützen. Ein solcher Mittelweg bietet sich in Form der «sozialen Verteidigung» (auch «gewaltfreier Widerstand» oder «civilian defence» genannt) an. Das Ziel dieses Verfahrens liegt darin, einen Angreifer und Besatzer daran zu hindern, vom Wirtschaftspotential des besetzten Landes Gebrauch zu machen. Als Mittel kommen in Frage: passiver Widerstand, Nicht-Zusammenarbeit mit dem Besatzer, Ignorieren von dessen Befehlen, gewaltlose Demonstration, Sitzstreiks, Hungerstreiks usw. Bereits ist diese Methode erfolgreich angewandt worden durch die indische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die britische

Kolonialherrschaft, weniger erfolgreich durch die Bevölkerung der ČSSR in der Zeit nach der «brüderlichen Hilfeleistung» der Warschaupakttruppen nach dem 21. August 1968. Weitere Fälle sind der Widerstand gegen den Kapp-Putsch 1920, der Ruhrkampf 1923, der norwegische Widerstand gegen Quisling und der Widerstand der baltischen Staaten gegen die sowjetische Russifizierungspolitik.

Eine kritische Würdigung dieser erfolgreichen und nicht erfolgreichen Fälle zeigt sehr klar, worauf es bei der Wirksamkeit der sozialen Verteidigung ankommt: auf die Werte, die der *Angreifer* hochhält – oder auch nicht. Für britische Soldaten wäre es kaum denkbar gewesen, und für das britische Kabinett zu Hause hätte es den sicheren Weg zum augenblicklichen Regierungssturz bedeutet, wenn man einen Sitzstreik von Frauen und Kindern mit Maschinengewehrfeuer aufgelöst hätte, oder wenn man die Bevölkerung ganzer Provinzen zu Paaren getrieben, in Eisenbahnwaggons verfrachtet und Tausende von Meilen entfernt wieder angesiedelt hätte. Letzteres haben aber die Russen im Baltikum ohne viel Federlesens getan.

Die Methode der sozialen Verteidigung muss also nicht im Hinblick auf das, was verteidigt werden soll, sondern *im Hinblick auf die Psyche des Angreifers* beurteilt werden. Ihr Nutzen ist also relativ, hängt ab von den jeweiligen Umständen. Schon allein aus diesem Grund wäre es falsch, sie kategorisch als das einzige und beste Mittel der Friedenssicherung anzupreisen oder sie ebenso kategorisch als Unsinn abzutun.

Im übrigen wäre schliesslich zu bedenken, dass sich auch ein Angreifer auf die «sanften» Methoden der sozialen Verteidigung einstellen kann. Die primitiven Beeinflussungs- und Terrorismethoden, wie sie die Gestapo und die SS in den von Deutschland besetzten Ländern anwandten, sind heute längst überholt durch raffinierteste Formen psychologischer Manipulation. Dies zeigt etwa das allmähliche «Zurückwickeln» des tschechoslowakischen Reformansatzes in den vergangenen fünf Jahren, verbunden mit einem infamen Umlenken des im Volk vorhandenen Ärgers auf die einstigen Reformer als die «wahren Schuldigen» und «unverantwortlichen Abenteurer».

Friedensforschung: den Krieg durch den Geist überwinden

Wenn die bisherigen Alternativen zur Armee als Instrument der Friedenssicherung so wenig taugen, so bleibt nichts anderes übrig, als sich anzustrengen und *neue Alternativen auszudenken*: Dieser Schlussfolgerung wird sich jedermann voll und ganz anschliessen können. Konsequenz dieser Überlegung ist die Friedensforschung. Heute bemühen sich rund dreissig wissen-

schaftliche Institute in aller Welt um die Friedensforschung; es gibt auch schon spezialisierte Fachzeitschriften, und eine regelmässig erscheinende Bibliographie hat bereits gegen 20000 wissenschaftliche Arbeiten (Bücher und Artikel) auf diesem Gebiet registriert. Allerdings gestehen gerade die Friedensforscher selber – und zwar Friedensforscher *aller* Richtungen – offen ein, dass ihre Disziplin bisher leider erst wenig geleistet hat, oder vielmehr: dass sie zwar Beachtliches vorzulegen hat, dass aber das bisher Erreichte noch immer in keinem Verhältnis steht zu der gewaltigen Dimension der Aufgabe «Frieden».

Bei ihren Anstrengungen um eine geistige Bewältigung des Friedensproblems hat die Friedensforschung mit drei Schwierigkeiten zu kämpfen: Erstens hat sie oft Mühe, wirklich *relevante*, das heisst konkrete und realistische Forschung zu betreiben; es ist leicht, Pläne für eine grundlegende Änderung der weltpolitischen Ordnung zu entwerfen, aber zugegebenermassen recht kompliziert, beispielsweise die Gründe herauszufinden, weshalb eigentlich in Nordirland noch immer nicht Frieden eingekehrt ist. Zweitens hat sie oft Mühe, sich von Scharlatanen und Quacksalbern abzusetzen, die in ihren eigenen Reihen Unterschlupf suchen – Leute, die zwar mit gelehrtem «Make-up» auftreten, jedoch im Grunde nur Ideologie und unbewiesene Behauptungen auftischen, und denen es weniger um die intellektuelle Anstrengung im Dienste des Friedens als um handfeste politische Interessen geht. Und drittens trifft die Friedensforschung überall dort auf Hindernisse, wo sie versucht, ihre Erkenntnis der politischen *Praxis* zur Verfügung zu stellen: Man weiss heute zum Beispiel ziemlich genau, welche fatalen Prozesse sich in einer internationalen Krise abspielen – plötzliche Verengung des Blickfeldes der Entscheidungsträger, Verlust der Feinhörigkeit für Signale der Gegenseite, Neigung zu krassem Schwarz/Weiss-Denken –, aber nach wie vor werden in jeder Krise erneut die selben Fehler gemacht. Der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis wäre hier erst noch anzubahnen.

Die Schweiz wird bekanntlich in Bälde ebenfalls ein Institut für Konflikt- und Friedensforschung errichten. Ob überhaupt und mit welcher Qualität es einen echten und originalen Beitrag an die heute schon im Ausland bestehende Friedensforschung zu leisten imstande sein wird, wird man erst später beurteilen können. Jedenfalls steht eines fest: Die seit fünfzehn Jahren im Ausland gängige, zum Teil qualitativ ausserordentlich hochstehende und mit in der Schweiz völlig unvorstellbaren finanziellen und personellen Mitteln ausgestattete Friedensforschung hat auf unser Land nicht gewartet, und sie ist auch nicht auf sie angewiesen. Das sollte aber für die Schweiz kein Grund sein, sich an diesem – wenn auch bescheidenen – Beitrag der Wissenschaft zur Friedenssicherung nicht zu beteiligen.

Nicht «entweder-oder», sondern «sowohl-als auch»

Eine differenzierte Betrachtung möglicher Alternativen zur Armee als Instrument der Friedenssicherung lässt zwei Dinge klar werden: 1. Eine überzeugende Alternative, die man der Armee klipp und klar mit einem «Entweder-oder» gegenüberstellen könnte, gibt es nicht. 2. Ebenso unrealistisch wäre es aber, die hier betrachteten möglichen Alternativen deswegen gänzlich abzulehnen. Nicht «entweder-oder» heisst die Devise, sondern «sowohl-als auch».

Die verschiedenen Instrumente (mit Ausnahme der einseitigen Abrüstung) stehen nicht in Gegensatz zueinander, sondern ergänzen sich. Konkret: die Dissuasionswirkung der Armee ist zu vervollständigen durch die Wirkung sozialer Verteidigung, und allfälligen Bedrohungen der Schweiz beugen wir schon jetzt vor durch unser Interesse und unseren Einsatz für die internationale Organisation für Vermittlung, Gute Dienste und für Friedensforschung. Wer vorsichtig denkt, weiss, dass kein Instrument ohne die andern einen Sinn hat, auch die Armee nicht.

GION CONDRAU

Gesellschaft – Alter – Tod

Die Bewältigung des Alterns und Sterbens in der modernen Industriegesellschaft

Es ist beinahe unanständig, zumindest unzeitgemäss, Probleme des Alterns und des Sterbens in einer Gesellschaft öffentlich zu erörtern, die so ausschliesslich auf Leistung und Konsum, auf Jugend und Zukunftsgläubigkeit ausgerichtet ist wie die unsrige. Man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass der moderne Industriemensch den Alternden und den Sterbenden als ein nicht wegzudenkendes, aber ebenso unnützes Glied unserer Gesellschaft betrachtet. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass die Altersvor- und -fürsorge zu einem Programm geworden ist, das sich sämt-